

NIEDERSCHRIFT

über die **6.** Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **10.02.2011**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und - 2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:30 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Karl-Heinz Ehms
2. Herr Hans-Josef Engels
3. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder
4. Frau Helga Hermanns
5. Herr Gerhard Heyner bis 19.45 Uhr
6. Herr Norbert Kallen
7. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
8. Frau Ursel Meis
9. Herr Werner Moritz
10. Herr Antonius Suppes
11. Frau Maria Widdekind
12. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

13. Herr Denis Arndt
14. Herr Udo Bartsch
15. Frau Margot Dubbel bis 19.00 Uhr
16. Herr Rainer Schmitz
17. Frau Gertrud Servos
18. Herr Rainer Thiel bis 19.45 Uhr
19. Frau Helga Weiss ab 19.00 Uhr

• FDP-Fraktion

20. Herr Christian Kohnen bis 20.00 Uhr
21. Frau Christa Quellmann

22. Herr Dirk Rosellen

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

23. Herr Manfred Haag bis 19.45 Uhr
24. Herr Martin Kresse
25. Frau Angela Stein-Ulrich

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

26. Frau Karin Borrmann-Schulz bis 18.30 Uhr
27. Frau Margit Kalthoff
28. Herr Carsten Thiel ab 18.30 Uhr

• **Die Linke**

29. Herr Harald Farle bis 18.00 Uhr
30. Herr Oliver Reising ab 18.00 Uhr

• **beratende Mitglieder**

31. Herr Karl Boland
32. Herr Karl-Heinz Brandofsky
33. Herr Bernd Gellrich bis 18.45 Uhr
34. Herr Christoph Havers
35. Herr Norbert Kallen
36. Herr Dr. Josef Merten
37. Herr Bülent Öztas

• **Verwaltung**

38. Herr Dr. Michael Dörr
39. Frau Wendeline Gilles
40. Herr Siegfried Henkel
41. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
42. Herr Martin Meisel
43. Herr Marcus Mertens
44. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz

• **Schriftführerin**

45. Frau Birgit Toups

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	3
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) Grundsicherung für Arbeitsuchende	4
2.1.	Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Kosten der Unterkunft Vorlage: 50/0974/XV/2011.....	4
2.2.	Jobcenter / gemeinsame Einrichtung Vorlage: 50/0965/XV/2011	4
3.	Sachstand Option Vorlage: 50/0961/XV/2011.....	4
4.	Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder im Sozialhilfebezug Vorlage: 50/0970/XV/2011	5
5.	Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen Vorlage: 53/0930/XV/2011	6
6.	Jahresbericht über meldepflichtige Infektionskrankheiten 2010 Vorlage: 53/0929/XV/2011	6
7.	Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/0975/XV/2011.....	6
8.	"dienstbar" - Dienstleistungspool der Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0979/XV/2011	7
9.	Haushalt 2011 Vorlage: 50/0972/XV/2011	8
10.	Mitteilungen	8
11.	Anfragen	9
11.1.	Brandschutz in Altenpflegeheimen / Seniorenhäusern im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0969/XV/2011.....	9
11.2.	Aussetzung des Zivildienstes im Jahr 2011 Vorlage: 50/0973/XV/2011	9

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die 6. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses in dieser Wahlperiode und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) Grundsi- cherung für Arbeitsuchende

2.1. Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Kosten der Un- terkunft

Vorlage: 50/0974/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz verwies auf das Haushaltsergebnis 2010 für den Bereich Kosten der Unterkunft SGB II. Der Ansatz war mit 71,1 Mio. € kalkuliert, das Rechnungsergebnis lag bei rund 70, 5 Mio.€, somit erfreulicherweise um ca. 600.000 € unter dem geplanten Ansatz. Dies sei nahezu eine Punktlandung, die Abweichung liege unter 1 %.

In 2010 hat sich der Bund mit 23 % an den Kosten der Unterkunft beteiligt. In 2011 beträgt die Bundesbeteiligung, sofern keine Änderung eintritt, 25,4 %. Bei der Kalkulation des Haushaltsansatzes für 2011 wurde auf das Rechnungsergebnis 2010 entsprechend der Landesorientierungsdaten eine 3 % - ige Steigerung gerechnet.

2.2. Jobcenter / gemeinsame Einrichtung

Vorlage: 50/0965/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz wies darauf hin, dass die Kosten der Unterkunft deutlich über den Kosten der Regelleistungen liegen. Auch dies war eine Motivation, sich für die Option zu bewerben.

Kreistagsmitglied Haag bat um Auskunft, ob die Zielvereinbarung der Trägerversammlung, die Kosten der Unterkunft um 5 % zu senken, noch Gültigkeit habe und inwiefern sich die Kürzung des Eingliederungstitels auf die KdU auswirken werde. Jobcenter – Geschäftsführerin Gilles führte aus, dass bei der Beschlussfassung in der Trägerversammlung bereits darauf hingewiesen worden sei, dass die KdU Senkung aufgrund der besonderen Arbeitsmarktsituation in 2010 nicht zu erreichen sei.

Bezüglich der geänderten Haushaltslage im Eingliederungstitel wolle man nun den Focus auf die marktnahen Profile legen, da hier auch der entsprechende Bedarf auf dem Arbeitsmarkt erkennbar sei. Hierdurch hoffe man auch weiterhin die entsprechenden Integrationen und somit eine Kompensation der gekürzten Mittel vornehmen zu können.

3. Sachstand Option

Vorlage: 50/0961/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz berichtete, dass der rund 200 Seiten umfassende Optionsantrag fristgerecht beim Ministerium abgegeben worden sei. Er erinnerte an die umfangreichen Beratungen zwischen Juli und Dezember 2010, welche zu einer einstimmigen Beschlussfassung für den Antrag geführt haben.

Mit der Einladung hat der Sozialausschuss des Kreises auch die Vorlage für den Sozialausschuss der Stadt Neuss erhalten. Er verwies auf die Berichterstattung in der Presse und betonte, dass er die Bewertung der Stadt Neuss zu den umfangreichen Arbeiten in

Zusammenhang mit dem Optionsantrag als unangemessen sowohl der Verwaltung als auch dem Kreistag gegenüber empfinde.

Die Arbeiten zur Umsetzung einer Option laufen dennoch weiter. Es wurden Kooperationsvereinbarungen bezüglich der überregionalen Arbeitsvermittlung geschlossen. Die Voraussetzung für die IT Lösung werde geschaffen. Es werden weitere Absprachen mit bereits bestehenden Optionskommunen getroffen, um im Optionsfall gut vorbereitet zu sein.

Kreistagsabgeordneter Thiel befürchtete, dass neben den offiziellen Entscheidungskriterien auch das stille Kriterium „Wird die Option durch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mitgetragen?“ ausschlaggebend für die Entscheidung des Ministeriums sein wird. Kreistagsabgeordneter Kresse betonte, dass der Austausch zwischen Kreistags- und Stadtratsfraktion der Grünen gut funktioniere und für entsprechende Ruhe bei dem Thema gesorgt habe.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose zeigte sich verwundert, dass die Verwaltung der Stadt Neuss ihr Gremium derart sachfremd in der Sache unterrichtet hat. Er erinnerte an die Kreistagssitzung, in der die Arbeit des Kreises zu dem Thema Option von allen Fraktionen gelobt wurde, auch wenn man nicht in allen Punkten gleicher Meinung war. Die Kritik der Stadt Neuss, man habe keinen Gestaltungsspielraum, sei vor dem Hintergrund, dass die Stadt Neuss an keinem Gremium teilgenommen habe sehr ungewöhnlich. Hier erwarte man von der Verwaltungsführung der Stadt Neuss in der Zukunft mehr Sachlichkeit. Sicherlich mache es keinen Sinn die Situation weiter zu verschärfen, so Dr. Klose. Es erscheine aber dennoch notwendig an dieser Stelle einen ordnungsgemäßen Umgang miteinander einzufordern.

4. Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder im Sozialhilfebezug Vorlage: 50/0970/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz wies darauf hin, dass trotz der noch laufenden Beratung hierzu im Vermittlungsausschuss bereits mit der Vorarbeit begonnen worden sei. Eine Markterkundung sei im Rhein-Kreis Neuss bereits durchgeführt worden. Eine Liste mit Anbietern, Ansprechpartnern, Angeboten sei erstellt, so dass die Grundlage für eine Umsetzung geschaffen sei. Die Zuweisung der Aufgaben an die Kreise und kreisfreien Städte sei grundsätzlich zu begrüßen und bestärke die Auffassung des Kreises, dass die kommunalen Strukturen für die Leistungen des SGB II besser geeignet seien.

Durch den Vermittlungsausschuss wurde auch anvisiert, dass die Kosten der Grundsicherung SGB XII künftig durch den Bund übernommen werden. Der Rhein-Kreis Neuss plane in 2012 Kosten für die Grundsicherung in Höhe von 17,96 Mio. ein. Eine 45 % ige Erstattung würde eine Entlastung in Höhe von 8,1 Mio. € ausmachen. Ab 2014, die Kostenplanung liegt hier bei 18,9 Mio. €, sollen die Kosten dann vollständig übernommen werden.

Kreistagsmitglied Haag fragte nach der Kalkulation für den Verwaltungsaufwand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Jobcenter-Geschäftsführerin Gilles erklärte, dass zurzeit ein Erstattungsbetrag von 66,-€ pro Kind angekündigt sei. Ob dieser Betrag auskömmlich bzw. nötig sei und ob er in voller Höhe zur Verfügung gestellt würde, sei jedoch noch nicht bekannt.

Beratendes Mitglied Boland regte an, bei der Umsetzung ggf. nicht nur mit Gutscheinen zu arbeiten, sondern zielgerichtet Projektarbeit zu leisten.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz dankte für die Anregung, zurzeit seien die Vorgaben für die Ausgestaltung jedoch noch unklar.

Kreistagsmitglied Thiel bestätigte, dass die Beratung zu früh sei, man bitte jedoch zu

gegebener Zeit um eine Vorlage der Verwaltung zu der geplanten konzeptionellen Umsetzung.

5. Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Vorlage: 53/0930/XV/2011

Protokoll:

Gesundheitsdezernent Mankowsky stellte die Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen vor. Der Rhein- Kreis Neuss habe für seine Präventionsprojekte für Kinder und Jugendliche viel Aufmerksamkeit und Anerkennung auf Bundes- und Landesebene erhalten. Die Studie soll helfen, die Arbeit auf diesem Gebiet künftig noch besser zu steuern.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss an den Vortrag wurde ein Fernsehbeitrag der WDR – Lokalzeit hierzu gezeigt.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose würdigte die Studie als wirkungsvollen Beitrag zur Gesundheitspolitik.

Auch Kreistagsmitglied Widdekind lobte die Studie und sieht hierdurch insbesondere die Möglichkeit, gezielte Präventionsmaßnahmen zu ergreifen.

Kreistagsmitglied Thiel schloss sich dem Lob an und sicherte die Unterstützung seiner Fraktion auch für die weitere Arbeit zu.

6. Jahresbericht über meldepflichtige Infektionskrankheiten 2010

Vorlage: 53/0929/XV/2011

Protokoll:

Amtsarzt Dr. Dörr legte den Bericht über meldepflichtige Infektionskrankheiten vor. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kreistagsmitglied Prof. Dr. Goder kommentierte und bestätigte den Bericht aus Sicht eines praktizierenden Arztes. Er bestätigte insbesondere die Einschätzung von Amtsarzt Dr. Dörr, dass die besonders hoch erscheinende Anzahl von Noroviren- Infektionen eher auf die besonders intensive Ermittlungsarbeit des Kreisgesundheitsamtes, nicht auf ein außergewöhnlich hohes Aufkommen zurückzuführen sei.

7. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel

Vorlage: 50/0975/XV/2011

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose verwies auf die vorgelegten Antworten der Verwaltung zu den Fragen aus den Fraktionen. Eigentlich sollte das Thema zwischenzeitlich entscheidungsreif sein. Er habe jedoch zur Kenntnis genommen, dass noch einige Fragen offen seien und rege daher an, diese zunächst zu beraten. Sollten die Fragen in der Sitzung nicht geklärt werden können, sei die Entscheidung auf die Sitzung am 12.05.2011 zu vertagen.

Kreistagsmitglied Thiel sieht hier noch Beratungsbedarf. Es seien noch Gespräche mit Verbänden und Betroffenen erforderlich. Er bat darum, auch eine offizielle Stellungnahme der Städte und Gemeinden einzuholen.

Fraktionsübergreifend wurde bestätigt, dass es hier noch Beratungsbedarf gibt.

Es folgte eine detaillierte Diskussion aller Fraktionen über Einzelfragen. Im Verlauf der Diskussion machte die Fraktion UWG/Die Aktive den Vorschlag, dass eine Vertagung in die nächste Sitzung nur sinnvoll sei, wenn vorher eine Arbeitsgruppe die notwendige Vorarbeit leiste. Kreistagsmitglied Carsten Thiel stellte daher den Antrag, eine inter-

fraktionelle Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Kommunen einzuberufen. Aus der Diskussion zog Ausschussvorsitzender Dr. Klose das Resümee, dass hier viele Sichtweisen und Interessen aufeinander stoßen. Er sehe die Notwendigkeit, die Interessen abzugleichen und zu einer praktikablen, vernünftigen Regelung zu kommen, welche aber auch Regressforderungen durch den Bund ausschließe und der Rechtssprechung genüge.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz nahm den Antrag der Fraktion UWG/Die Aktive auf und stimmte der Einrichtung einer fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe vor, in welcher weitere Fragen zum grundsicherungsrelevanten Mietspiegel abgearbeitet werden. Eine Einbeziehung der Kommunen sei nicht notwendig, es werde jedoch eine Stellungnahme aller Städte und Gemeinden eingeholt. Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

Aus der Diskussion ergab sich des Weiteren der Wunsch, das Anschreiben an die Mieter und Vermieter zur Mietwerterhebung der Niederschrift beizufügen.

SozGe/20110210/Ö7

Beschluss:

Es wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Kreistagsfraktionen und der Verwaltung gebildet.

8. "dienstbar" - Dienstleistungspool der Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0979/XV/2011

Protokoll:

Die „dienstbar“ – Dienstleistungspool der Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss wurde durch die Projektleiterin Frau Groth vorgestellt.

Die Präsentation, welcher aus technischen Gründen in der Sitzung nicht gezeigt werden konnte, ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Rückfragen von Kreistagsmitglied Servos ergänzte Frau Groth ihren Vortrag.

In der kurzen, 6-wöchigen Laufzeit seien bereits 40 Kundenverträge geschlossen worden, so dass kurzfristig 7 Mitarbeiter der „dienstbar“ fest beschäftigt werden können.

Die Stundenpreise für die Dienstleistungen seien gestaffelt. Eine Einzelstunde werde mit 21,98 € zuzüglich Anfahrtspauschale berechnet. Der Preis verringere sich, sofern 3 zusammenhängende Stunden gebucht werden. Hier zahle der Kunde, berücksichtigt man noch die Steuervergünstigung, letztlich einen durchschnittlichen Stundenpreis von 13,56 €.

Kreistagsmitglied Widdekind fragte nach den Menschen, welche zwar auf Hilfe angewiesen seien, sich aber diese Hilfe nicht leisten können.

Frau Groth erklärte, dass noch keine Verhandlungen über eine Kostenübernahme durch Dritte geführt worden seien. Hier müssen die Betroffenen vorläufig weiter die herkömmlichen Wege, zum Beispiel über die Krankenkassen gehen.

Kreistagsmitglied Schmitz fragte nach der Qualifizierung und nach dem Konkurrenzkampf mit anderen Firmen.

Frau Groth bestätigte, dass auf die Qualifizierung hohen Wert gelegt würde. Eine entsprechende Maßnahme würde mit Unterstützung des Jobcenters durchgeführt.

Den Konkurrenzkampf mit anderen Firmen fürchte man nicht, da die Vorrecherchen und die Zahlen der demografischen Entwicklung ergeben haben, das ein sehr großer ungedeckter Bedarf an haushaltsnahen Dienstleistungen bestehe.

Kreistagsmitglied Wienands sieht in der „dienstbar“ einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Schwarzarbeit.

Beratendes Mitglied Boland sieht dagegen die Gefahr, dass sich auch weiterhin Schwarzarbeit auf dem Gebiet der haushaltsnahen Dienstleistungen durchsetzen werde.

Ein Problem sieht er bei der Organisation, die Leistungen kreisweit anzubieten. Hier sei die Gefahr, dass die weiten Fahrwege die Wirtschaftlichkeit gefährden. Frau Groth bestätigte, dass nach der Aufbauphase eine größere Effizienz auch bezüglich der Fahrwege geschaffen werden müsse.

Auf die Frage, ob die Beschäftigten durch die Arbeit in der „dienstbar“ in die Lage versetzt werden, den SGB II Bezug zu verlassen, schränkte sie ein, dass dies auf den jeweiligen Einzelfall, hier insbesondere auf die Größe der Bedarfsgemeinschaft ankomme.

Der Vortrag von Frau Groth wurde mit Beifall gewürdigt.

9. Haushalt 2011

Vorlage: 50/0972/XV/2011

Protokoll:

Vorsitzender Dr. Klose erklärte die Tradition, dass die Haushaltsansätze für den Sozial- und Gesundheitsbereich in diesem Ausschuss besprochen und Fragen geklärt werden. Eine Beschlussfassung erfolge jedoch nicht in diesem Ausschuss, sondern im Finanzausschuss.

Kreistagsmitglied Kresse stellte fest, dass Streichungen im Sozialbereich in noch nie dagewesener Höhe vorgenommen worden seien. Die Kürzungen im Bereich Wohlfahrtspflege seien aber nicht bekannt gewesen.

Vorsitzender Dr. Klose stellte klar, dass es sich hier um Vorschläge und nicht um die abschließende Entscheidung handele.

Kreistagsmitglied Servos erklärte, dass die Frage der Kürzungen im Bereich der Wohlfahrtspflege bekannt gewesen sei.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz verwies auf die enormen Defizite, welche gedeckt werden müssten. Alle Bereiche der Verwaltung mussten Kürzungen hinnehmen. Mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege seien seit April 2010 Gespräche über die Notwendigkeit von Kürzungen geführt worden. Hier könne naturgemäß zwar kein Einverständnis der Wohlfahrtsverbände erwartet werden, es seien aber gemeinsam die Schwerpunkte der Kürzung festgelegt worden.

Kreistagsmitglied Kallen bestätigte, dass frühzeitig mit den Verbänden gesprochen worden sei. In Kenntnis der Haushaltslage habe man die Bereitschaft zu Einsparungen signalisiert und sehe es auch als sinnvoller an, dass keine pauschale Kürzung über alle Bereiche hinweg vorgenommen worden sei, sondern Schwerpunkte gesetzt wurden. Er vermisse jedoch hierzu die Stellungnahme der Wohlfahrtsverbände.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz sicherte zu, dass diese mit der Niederschrift nachgereicht wird.

10. Mitteilungen

Protokoll:

Sozialamtsleiter Henkel informierte über eine Mitteilung des Landschaftsverbandes Rheinland über dessen Leistungen an die Mitgliedskörperschaften. Die Mitteilung ist der Niederschrift beigelegt.

Er berichtete weiter, dass der LVR den Rhein- Kreis Neuss als eine Modellregion zur Umsetzung eines Projektes ausgewählt habe. Es sei beabsichtigt die Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstellen (KoKoBe) sowie die sozialpsychiatrischen Zentren modellhaft als zentrale Anlaufstellen für die Erstberatung für Leistungen für behinderte Menschen auszugestalten.

Eine Information ist der Niederschrift beigefügt.

11. Anfragen

11.1. Brandschutz in Altenpflegeheimen / Seniorenhäusern im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/0969/XV/2011

Protokoll:

Kreistagsmitglied Bartsch bedankte sich für die kurzfristige Beantwortung der Anfrage und bat ergänzend um Auskunft, ob die Installation von Rauchmeldern in allen Zimmern des Lindenhofes zukünftig vorgesehen sei.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz verneinte dies. Die derzeitige Brandschutzausstattung des Lindenhofes sei durch den Brandschutzingenieur und die Feuerwehr als ausreichend bewertet.

Vorsitzender Dr. Klose verwies auf den Bericht des Betriebsausschusses, in welchem bezüglich der Seniorenheime des Rhein- Kreises Neuss eine ausführliche Darstellung erfolgt sei.

11.2. Aussetzung des Zivildienstes im Jahr 2011

Vorlage: 50/0973/XV/2011

Protokoll:

Kreistagsmitglied Servos fragte, welche Aktivitäten geplant sind, um nach Aussetzung des Zivildienstes Interessenten zu finden, welche als Integrationshelfer an Schulen arbeiten.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte eine Beantwortung über die Niederschrift zu. Eine Stellungnahme auf eine gleichlautende Anfrage der Seniorenunion der CDU ist der Niederschrift beigefügt.

Kreistagsmitglied Kresse fragte, wann der Integrationsworkshop fortgesetzt werde und ob die Ergebnisse aus dem Workshop zur Verfügung gestellt würden.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz informierte, dass das Abschlusstreffen mit Teilnahme der Bertelsmann Stiftung am 05. April stattfindet. Danach wird die Steuerungsgruppe über die weiteren Maßnahmen und Projekte entscheiden. (Anmerkung: Hiernach wird ein Abschlussbericht zur Verfügung gestellt.)

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 20:30 Uhr die Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz

Birgit Toups
Schriftführung